Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 80 (2000)

Heft: 12-1

Artikel: Die Schweiz : Vorbild für Europa?

Autor: Scheel, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166238

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Walter Scheel.

geboren 1919, war von 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von 1968–1974 Parteivorsitzender der Freien Demokratischen Partei (FDP), 1969–1974 Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, 1974–1979 Bundespräsident.

DIE SCHWEIZ - VORBILD FÜR EUROPA?

Vor ein paar Wochen wurde in einer Gesprächsrunde des ZDF Sir Peter Ustinov gefragt, welchen Wunsch er denn für die europäische Entwicklung habe. Er antwortete sinngemäss: «Schauen Sie auf die Schweiz. Da gibt es die Deutschschweizer, die Welschschweizer, die italienisch sprechende Schweiz, die Rätoromanen. Alle diese Volksstämme mögen sich nicht besonders (er drückte es etwas stärker aus). Aber wenn die Schweiz angegriffen wird – wie auch immer –, dann stehen sie eisern zusammen für ihre Eidgenossenschaft. Daran sollten sich die Europäer ein Beispiel nehmen.»

Vielleicht wissen es gar nur wenige Schweizer. Wir haben uns schon sehr früh ein Beispiel genommen: Die deutsche Europa-Union hat ihr erstes umfassendes Programm, das vom Februar 1947 datiert, Wort für Wort von den «Leitsätzen» der schweizerischen Europa-Union abgeschrieben. Diese Leitsätze waren von einem «Besonderen Aktionskomitee» ausgearbeitet und bereits im Januar 1940 in der Schweiz beschlossen worden.

In dem ganzen, 18 Punkte umfassenden Text wurde nur ein einziges Wort ausgetauscht. Wo die schweizerische Europa-Union vom *«Europäischen Bund»* sprach, wählte die deutsche den Begriff *«Europäische Union»* und erweist sich damit rückblickend als ausgesprochen realistisch.

Heinrich Ritzel, der im Krieg der Generalsekretär der Europa-Union Schweiz war, hatte zusammen mit dem langjährigen Präsidenten der Europa-Union Schweiz, Gérard Bauer, 1940 das Buch «Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation» herausgegeben.

Im Vorwort dazu schreiben die Verfasser: «Es gibt kein stärkeres realpolitisches Argument für eine europäische Föderation als die Tatsache der Schweiz. Nichts vermag den Glauben an eine solche Zukunft Europas mehr zu fördern als die Schweizer Geschichte.» Dies ist heute so richtig wie vor fast 60 Jahren.

Es ist kein Zufall, dass Winston Churchill vor über 53 Jahren seine berühmt gewordene Europa-Rede in der Aula der Universität von Zürich gehalten hat. Sein Vorschlag, die «Vereinigten Staaten von Europa» zu bilden und dass der «erste

Schritt zur Neubildung der europäischen Familie eine Partnerschaft Frankreichs und Deutschlands sein müsse», wirkte damals wie ein Schock, aber auch als anzustrebendes Ziel.

In einem hat er damals geirrt. Er sah die Rolle Grossbritanniens ausserhalb dieser kontinentalen Vereinigten Staaten von Europa. Was auf dem Wege bis heute geschehen ist, hat selbst sein visionäres Vorstellungsvermögen sich noch nicht vorstellen können. In dieser Rede hat er sich nicht nur als grosser Politiker bewiesen, sondern auch als Historiker und blendender Schriftsteller.

Er sagte damals unter anderem: «Dieser edle Kontinent, der letzten Endes die schönsten und kultiviertesten Gebiete der Erde umschliesst, ist die Heimat aller grossen Stammvölker der westlichen Welt. Er ist die Quelle des christlichen Glaubens und der christlichen Ethik. Wenn Europa einmal einträchtig sein gemeinsames Erbe verwalten würde, dann könnten seine drei- oder vierhundert Millionen Einwohner ein Glück, einen Wohlstand und einen Ruhm ohne Grenzen geniessen.» Dieses Leitbild eines kulturellen Europa, das Churchill damals gezeichnet hat, ist heute noch das Ziel allen Mühens.

Wir haben gemeinsame geistige Quellen, aus denen wir unsere Kraft schöpfen, die Antike, das Christentum, die Aufklärung. Wir haben eine gemeinsame, wechselvolle Geschichte, wir werden sicher ein gemeinsames Schicksal haben, für das wir auch Verantwortung tragen, um unserer Kinder willen.

Was nun die Entwicklung der Europäischen Union angeht, sollten wir hin-

gegen nicht unzufrieden sein. Es ist ja doch eine ganze Menge geschehen, auch im Verhältnis der Schweiz zur Union. Mit der Wahl des neuen Präsidenten der Kommission, Romano Prodi, ist erkennbar eine erfrischende Dynamik entstanden. Die Schweiz hat die 7 Sektorenabkommen unter Dach, so dass sie Anfang 2001 in Kraft treten können. Es ist aber unbefriedigend, dass, solange die Schweiz an den sie berührenden Entscheidungen der Nato, der VN, der EU, der G7 und G8 nicht direkt beteiligt ist, der umständliche Weg über bilaterale Kontakte gegangen werden muss. Es wäre sicher wünschenswert, die Entscheidung über eine Mitgliedschaft weiter mit Nachdruck zu verfolgen.

Die Berufung von Javier Solana zum Beauftragten der Europäischen Union für Aussen- und Sicherheitspolitik ist begrüssenswert, löst aber das fortbestehende Pro-

In der Schweiz hat man in der Militärpolitik jahrhundertlange Erfahrung mit mehrsprachigen Streitkräften.



Die Ballmaschine wurde erstmals 1967 in der Galerie Alexandre Iolas in Paris gezeigt. Die in ihrer Funktionsweise fast undurchschaubare Maschine verlangt das aktive Mitspielen der Besucher. In dieser Hinsicht steht sie beispielhaft für das, was Tinguely immer angestrebt hatte: Die Maschine als Ausgeburt schieren Nutzdenkens wird hier in ihr völliges Gegenteil verkehrt, indem sie allein dem Spiel als Gegenteil allen utilitaristischen Strebens dient. Insofern bildet sie ein Paradebeispiel für Tinguelys Auseinandersetzung mit der Schweiz als Wirtschaftsmacht und Horlogier par excellence. (Heinz Stahlhut)

Rotozaza No. 1, 1967, 220 x 410 x 230 cm, Leihgabe. © Museum Jean Tinguely, Christian Baur (Photo).

blem nicht. Die Aussenminister sollten darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit ist, die in den «Römischen Verträgen» für eine Wirtschaftsgemeinschaft entwickelten Organe jetzt - spät, aber noch nicht zu spät - dem ehrgeizigen Ziel einer Union anzupassen.

Die Regierungschefs haben eine begründete Scheu, darüber zu sprechen, dass eine Union, die alle Politikbereiche umfasst, demokratisch legitimierter Organe bedarf, die die Aussen- und Sicherheitspolitik, die Währungs- und Finanzpolitik und vieles andere verantwortlich gestalten und umsetzen. Für eine weitere Entwicklung müsste der EU-Vertrag geändert werden. Eins ist sicher: Solange es den sogenannten «Europäischen Rat» gibt, die Runde der nationalen Regierungschefs, wird es keinen Fortschritt auf eine wirkliche Union hin geben.

Die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien haben gezeigt, dass wir ohne die Vereinigten Staaten nicht handlungsfähig sind. Und: Schauen wir auf die Vereinigten Staaten! Man stelle sich vor, die USA würden von einer Runde der Gouverneure regiert. Dann würde ihr internationaler Einfluss schon bald auf das Niveau zurückfallen, das die Europäer haben und das sie so lange nicht vergrössern können, solange sie nicht zumindest als erstes dem Europäischen Parlament die vollen demokratischen Rechte geben, die einem Parlament zustehen.

Die Regierungschefs haben nach Maastricht und Amsterdam mit Recht grosses Gewicht auf das Subsidiaritätsprinzip gelegt, den jeweiligen Ebenen das zu lassen, was sie besser leisten können. Aber sie haben dieses Prinzip nur auf die Delegation nach unten bezogen. Aber nun gilt es, für die Aussen- und Sicherheitspolitik eine völlig neue Entscheidungsebene zu schaffen, die die Politik definiert, die dann in der Nato gleichwertig neben den USA zu vertreten wäre.

In der Schweiz hat man in der Militärpolitik jahrhundertlange Erfahrung mit mehrsprachigen Streitkräften. Ein Vollmitglied Schweiz in der Europäischen Union wäre gerade für die Entwicklung dieser wichtigen neuen Aufgabe ein unverzichtbarer Partner. Wie sagte Peter Ustinov: Schaut auf die Schweiz! +